

Bericht über die Sitzung des Gemeinderates Steinfeld vom 26.06.2019

(Vom Gemeinderat nicht förmlich genehmigte Fassung)

TOP 01 Begrüßung durch den Bürgermeister und Genehmigung der Niederschrift

Der Bürgermeister erklärt die anberaumte Sitzung für eröffnet und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Anwesenheit der Mitglieder des Gemeinderates fest.

Der Vorsitzende stellt weiter fest, dass die Mehrheit der Mitglieder des Gemeinderates anwesend und stimmberechtigt ist.

Der Gemeinderat ist daher beschlussfähig (Art. 47 GO).

Die Niederschrift der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde den Mitgliedern zugestellt. Einwendungen werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt daher als genehmigt.

TOP 02 Bauangelegenheiten

TOP 02 A Überdachung einer bestehenden Scheune und Freisitz in der "Sterngasse"

Das Vorhaben befindet sich im Zusammenhang bebauten Ortsbereich ohne Bebauungsplan von Steinfeld. Auf einen bestehenden Abstellraum soll ein Pultdach mit Ziegeleindeckung errichtet werden. Davor ein flacheres Pultdach zur Überdachung eines Freisitzes.

Um die notwendige Dachneigung beim Ziegeldach zu erreichen muss die Grenzwand um einen Meter auf 4 Meter erhöht werden. Das frühere Scheunendach ragte deutlich höher empor. Die angrenzende Nachbarin hat zwischenzeitlich ihre Zustimmung wegen der zu erwartenden eingeschränkten Belichtung und Belüftung widerrufen.

Der Gemeinderat stimmt dem Bauvorhaben unter Einhaltung der nachbarlichen Abstandsflächen zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0

TOP 02 B Abbruch und Wiederaufbau des Dachgeschosses in der "Karl-Barthels-Straße"

Das Bauvorhaben liegt im Zusammenhang bebauten Ortsteil von Steinfeld. Ein Bebauungsplan ist nicht vorhanden.

Hier soll der altfränkische Dachstuhl abgetragen und durch einen neuen ersetzt werden. Hierdurch kann Dachfläche begradigt werden. Vom Höhenprofil ändert sich nichts, wodurch sich auch das Erscheinungsbild nicht großartig verändert.

Der Gemeinderat stimmt dem Abbruch und Wiederaufbau des Dachgeschosses zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	1

Gemeinderatsmitglied Rudolf Hock nahm aufgrund seiner persönlichen Beteiligung gemäß Art. 49 GO an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

TOP 02 C Überdachung der alten Scheune in der "Kirchgasse"

Das Bauvorhaben liegt im Zusammenhang bebauten Ortsteil von Hausen. Ein Bebauungsplan ist nicht vorhanden.

Wie in allen Altorten herrscht auch hier eine sehr enge Bebauung vor. So steht die Scheune mit zwei Seiten an der Grenze und mit einer zumindest grenznah. Hier soll das Dach erneuert werden. Sämtliche Nachbarunterschriften sind zwischenzeitlich vorhanden.

Der Gemeinderat stimmt der Überdachung der alten Scheune zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0

TOP 02 D Errichtung von 2 Einfamilien-Doppelhaushälften und 2 Doppel-Carports in der "Wagnerstraße"

Das Vorhaben befindet sich im Geltungsbereich des Bebauungsplans „Zieglersrain 3. Änderung“ und hält augenscheinlich sämtliche Festsetzungen ein. Es wurde das Genehmigungsverfahren beantragt.

Der Gemeinderat erhält hiermit Kenntnis.

TOP 02 E Errichtung einer Gaube und eines Dachbalkons in der "Würzburger Straße"

Die erforderlichen Unterlagen konnten bis zur Sitzung nicht komplett vorgelegt werden. Der TOP wird daher nicht behandelt.

TOP 02 F Erweiterung einer Biogasanlage

Der Bauherr betreibt seit 2005 die bestehende Biogasanlage mit ausschließlich eigenen landwirtschaftlichen Inputstoffen. Anfallende Gärreste werden in den landwirtschaftlichen Betrieb verbracht. Die Biogasanlage erzeugt aus dem Zwischenprodukt Biogas durch Verbrennung in BHKWs Strom und Wärme.

Die geplante Änderung bezieht sich auf die Erhöhung des Substrateinsatzes und dadurch eine Erhöhung der Biogasproduktionskapazität und Änderung beim Gärresteanfall bzw. -umfang. Der Bauherr plant zur besseren Auslastung des 2017 errichteten Ersatz-BHKWs eine Erhöhung des Substrateinsatzes um die dafür notwendige Biogasproduktionsmenge zu erreichen. Aufgrund der Substraterhöhung mit der daraus resultierenden Erhöhung der Biogasproduktionskapazität von über

1,2 Mio. Normkubikmetern pro Jahr wird das Vorhaben immissionsschutzrechtliche genehmigungspflichtig.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag zur Erhöhung der Durchsatzkapazität zu und erteilt hierdurch das gemeindliche Einvernehmen gem. § 36 Abs. 1 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	1

Gemeinderatsmitglied Hubert Handel nahm aufgrund seiner persönlichen Beteiligung gemäß Art. 49 GO an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

TOP 02 G Errichtung einer Unterstellhalle in der „Hintere Point“

Die Bauvorhaben liegen im Geltungsbereich des Bebauungsplans „In der hinteren Point“ im Ortsteil Steinfeld. Der Grenzbau soll außerhalb der Baugrenze errichtet werden um eine Wohnbebauung zu einem späteren Zeitpunkt in dem vorgesehenen Baufenster nicht einzuschränken bzw. nachteilig zu beeinflussen.

Weiter wird eine Abweichung von den Abstandsflächen zur Fl. Nr. 1661 beantragt. Die geplante Unterstellhalle hat eine mittlere Wandhöhe von 3,48 m, gemessen vom natürlichen Bestandsgelände. Die max. zulässige Wandhöhe von 3,00 m wird somit um 0,48 m überschritten. In der geplanten Unterstellhalle sollen Fahrzeuge, Maschinen und Geräte abgestellt werden, die eine Höhe von bis zu ca. 2,70 m haben. Aufgrund der benötigten Innenhöhe in Verbindung mit dem bestehenden natürlichen Gelände ist eine Einhaltung der max. zulässigen Wandhöhe nicht möglich.

Da hier Fahrzeuge, Maschinen und Geräte abgestellt werden sollen, ist eine Ausdehnung des Betriebsgeländes der Firma Herrmann Landtechnik aus Sicht der Verwaltung zumindest zu besorgen und der Immissionsschutz sollte im Genehmigungsverfahren im Landratsamt beteiligt werden. Dies wird durch einen Nachbareinwand bekräftigt.

Der Gemeinderat stimmt den Bauantrag zur Errichtung einer Unterstellhalle unter Hinzuziehen des Immissionsschutzes zu. Der hierfür nötigen Abweichung und Befreiung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0

**TOP 02 H Antrag auf isolierte Befreiung;
Errichtung einer Gartenhütte "Am Wiesenfelder Weg"**

Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans „Am Wiesenfelder Weg“ im Ortsteil Steinfeld. Das Vorhaben für sich betrachtet wäre nach Art. 57 Bayerische Bauordnung (BayBO) verfahrensfrei möglich. Lediglich die Baugrenze von 3 Metern wird für das Vorhaben nicht eingehalten wofür eine isolierte Befreiung von der Gemeinde auszusprechen ist. Der entsprechende Antrag auf Abweichung wurde gestellt und mit der bestmöglichen Ausnutzung des Grundstücks begründet.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag auf isolierte Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes durch Baugrenzenüberschreitungen zur Errichtung einer Gartenhütte zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0

TOP 02 I Antrag auf Änderung der Regenentwässerung "Am Schindersberg"

Bei den Bauherren wurde festgestellt, dass die Entwässerung der Dachfläche nicht wie vom Architekturbüro vorgesehen im Gesamten in die Erschließungsstraße "Am Schindersberg" geführt werden kann. So müsste die westliche Dachfläche über eine Hebeanlage in den gemeindlichen Regenwasserkanal gepumpt werden. Die Entwässerung soll nun hangseits über das eigene Grundstück zum gemeindlichen Kanal in die Flurnummer 339 geführt werden.

Der Gemeinderat stimmt der vorgelegten geänderten Grundstücksentwässerung mit dem Anschluss an die Oberflächenentwässerung in der Flurnummer 339 zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0

TOP 03 Beratung und Beschlussfassung zur Friedhofssatzung

Bürgermeister Koser verweist auf die im Ratsinformationssystem eingestellte Vorlage. Die in nichtöffentlicher Sitzung eingebrachten Änderungen wurden eingearbeitet.

Der Gemeinderat stimmt der Neufassung der Satzung über die Benutzung des Friedhofs und der Bestattungseinrichtungen (Friedhofssatzung – FS) zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0

Die neu erlassenen Satzungen sind im Anhang dieser Niederschrift beigelegt und deren Bestandteil.

TOP 04 Verschiedenes**TOP 04 A Antrag des Basarteams auf Nutzung der Sporthalle Steinfeld**

Das Basarteam stellte durch Frau Riedmann den Antrag auf Nutzung der Sporthalle am 14. und 15.09.2019 zur Durchführung des Herbst/Winter-Basars „Rund ums Kind“.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag zu den üblichen Bedingungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0

TOP 04 B Einladung Reservistenkameradschaft Hausen

Es erging eine Einladung der Reservistenkameradschaft Hausen zu deren 40-jährigem Jubiläum vom 27.07. – 29.07.2019.

Es folgte eine nicht öffentliche Sitzung.

Satzung über die Benutzung des Friedhofs und der Bestattungseinrichtungen (Friedhofssatzung - FS)

Aufgrund von Art. 23 und 24 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 sowie Abs 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) erlässt die Gemeinde Steinfeld folgende Satzung:

Inhalt:

I.

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Friedhofszweck
- § 3 Bestattungsanspruch
- § 4 Friedhofsverwaltung
- § 5 Schließung und Entwidmung

II.

Ordnungsvorschriften

- § 6 Öffnungszeiten
- § 7 Verhalten im Friedhof
- § 8 Gewerbliche Tätigkeiten auf dem Friedhof

III.

Grabstätten und Grabmale

- § 9 Grabstätten
- § 10 Grabarten
- § 11 Aschenreste und Urnenbeisetzungen
- § 12 Größe der Grabstätten
- § 13 Rechte an Grabstätten
- § 14 Übertragung von Nutzungsrechten
- § 15 Pflege und Instandhaltung der Gräber
- § 16 Gärtnerische Gestaltung der Gräber
- § 17 Erlaubnisvorbehalt für Grabmale und bauliche Anlagen
- § 18 Größe von Grabmalen und Einfriedungen
- § 19 Grabgestaltung
- § 20 Gründung, Erhaltung und Entfernung von Grabmalen

IV. Bestattungsvorschriften

- § 21 Leichenhaus
- § 22 Leichenhausbenutzungszwang
- § 23 Leichentransport
- § 24 Leichenbesorgung
- § 25 Friedhofs- und Bestattungspersonal
- § 26 Bestattung
- § 27 Anzeigepflicht und Bestattungszeitpunkt
- § 28 Ruhefrist
- § 29 Exhumierung und Umbettung

V. Schlussbestimmungen

- § 30 Anordnungen und Ersatzvornahme
- § 31 Haftungsausschluss
- § 32 Zuwiderhandlungen
- § 33 Inkrafttreten

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

Die Gemeinde errichtet und unterhält folgende Einrichtungen für das Bestattungswesen als öffentliche Einrichtungen:

- a) je einen Friedhof in den Ortsteilen Steinfeld, Hausen und Waldzell
- b) je ein Leichenhaus in den Ortsteilen Steinfeld, Hausen und Waldzell
- c) je ein Leichentransportmittel in den Ortsteilen Steinfeld, Hausen und Waldzell

§ 2 Friedhofszweck

Die Friedhöfe der Gemeinde dienen insbesondere den verstorbenen Gemeindemitgliedern als würdig Ruhestätte und der Pflege ihres Andenkens.

§ 3 Bestattungsanspruch

- (1) Auf den Friedhöfen der Gemeinde werden beigesetzt
 - (a) die Verstorbenen, die bei ihrem Ableben in der Gemeinde ihren Wohnsitz hatten,
 - (b) die Verstorbenen, die ein Nutzungsrecht an einem belegungsfähigen Grab besitzen und ihre Familienangehörigen (§ 1 Abs. 1 Ziff. 1 BestV)

- (c) die im Gemeindegebiet Verstorbenen oder tot Aufgefundenen, wenn eine ordnungsgemäße Bestattung anderweit nicht sichergestellt ist,
- (d) Tot oder Fehlgeburten im Sinne des Art. 6 BestG.

- (2) Die Bestattung anderer als in Abs. 1 genannten Personen, wie z.B. ehemalige Gemeindeglieder, bedarf auf Antrag der besonderen Genehmigung der Friedhofsverwaltung im Einzelfall.

§ 4 Friedhofsverwaltung

Die Friedhöfe werden von der Gemeinde verwaltet und beaufsichtigt. Die Belegungspläne werden von der Gemeinde so geführt, dass für jedes Grab jederzeit festgestellt werden kann, wann und mit wem ein Grab belegt wurde und wer der Grabnutzungsberechtigte ist.

§ 5 Schließung und Entwidmung

- (1) Friedhöfe, Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können im öffentlichen Interesse ganz oder teilweise geschlossen oder entwidmet werden. Durch die Schließung wird die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen; durch die Entwidmung verliert der Friedhof seine Eigenschaft als öffentliche Bestattungseinrichtung. Besteht die Absicht der Schließung, so werden keine Nutzungsrechte mehr erteilt oder wiedererteilt.
- (2) Die Absicht der Schließung, die Schließung selbst und die Entwidmung sind jeweils öffentlich bekannt zu machen.
- (3) Die Gemeinde kann die Schließung verfügen, wenn keine Rechte auf Bestattung entgegenstehen, durch Einigung mit den Grabnutzungsberechtigten vorzeitig aufgelöst werden oder zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit aufgehoben worden sind. Die Gemeinde kann die Entwidmung verfügen, soweit keine Rechte auf Bestattung entgegenstehen und alle Ruhefristen abgelaufen sind.
- (4) Soweit zur Schließung oder Entwidmung Nutzungsrechte im Einvernehmen mit dem Berechtigten abgelöst werden sollen oder aufgehoben worden sind, sind unter ersatzweiser Einräumung entsprechender Rechte auch Umbettungen ohne Kosten für den Nutzungsberechtigten möglich.
- (5) Im Übrigen gilt Art. 11 BestG.

II. Ordnungsvorschriften

§ 6 Öffnungszeiten

- (1) Die Friedhöfe sind während der an den Eingängen bekannt gegebenen Zeiten für den Besucherverkehr geöffnet.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann das Betreten der Friedhöfe oder einzelner Friedhofsteile aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen.

§ 7

Verhalten im Friedhof

- (1) Jeder Besucher des Friedhofs hat sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechen zu verhalten.
- (2) Kindern unter 6 Jahren ist das Betreten des Friedhofes nur in Begleitung Erwachsener gestattet.
- (3) Der Anordnung des Friedhofspersonals haben die Besucher Folge zu leisten. Besuchern des Friedhofs ist es insbesondere nicht gestattet
 - a) Tiere mitzubringen, ausgenommen sind Blindenhunde,
 - b) zu rauchen und zu lärmern,
 - c) die Wege mit Fahrzeugen und Sportgeräten aller Art zu befahren. Kinderwagen, Rollstühle und vergleichbare Hilfsmittel zum Transport von Kindern, Kranken und Behinderten sind hiervon ausgenommen.
 - d) Waren aller Art sowie gewerbliche oder sonstige Leistungen anzubieten oder diesbezüglich zu werben,
 - e) Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Druckschriften, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,
 - f) Abraum und Abfälle an anderen Orten abzulagern, als an den hierfür vorgesehenen Plätzen,
 - g) Grabhügel, Grabeinfassungen und Grünanlagen unberechtigt zu betreten und/oder zu beschädigen,
 - h) Der Würde des Ortes nicht entsprechende Gefäße (z.B. Konservendosen, Plastik- und Glasflaschen sowie ähnliche Gegenstände) auf Gräbern ohne Erlaubnis aufzustellen oder solche Gefäße zwischen den Gräbern aufzubewahren,
 - i) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen.
- (4) Die Friedhofsverwaltung kann von den Verboten auf Antrag Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.
- (5) Totengedenkfeiern sind der Friedhofsverwaltung spätestens vier Werktage vorher anzuzeigen und bedürfen der Erlaubnis der Friedhofsverwaltung.

§ 8

Gewerbliche Tätigkeiten auf dem Friedhof

- (1) Die Gewerbetreibenden und ihre Gehilfen haben den Regelungen der Friedhofssatzung und den Anweisungen der Friedhofsverwaltung Folge zu leisten. Durch gewerbliche Arbeiten darf die Würde des Friedhofs nicht

beeinträchtigt werden; insbesondere ist auf Bestattungsfeierlichkeiten Rücksicht zu nehmen. Nach Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen. Die Beendigung ist der Friedhofsverwaltung telefonisch oder schriftlich unter Angabe der Arbeiten und der betroffenen Grabstelle anzuzeigen.

- (2) Die Friedhofswege dürfen nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung (Antrag nach § 7 Abs. 4) mit den für die Ausführung der Arbeiten oder für den Transport von Arbeitsmitteln erforderlichen Fahrzeugen befahren werden. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Friedhofsbereich beträgt Schritttempo. Bei anhaltenden Tau- oder Regenwetter kann die Friedhofsverwaltung das Befahren der Friedhofswege mit Fahrzeugen untersagen.
- (3) Die gewerbliche Tätigen haften für alle Schäden, die sie oder ihre Gehilfen im Zusammenhang mit ihren Tätigkeiten in dem Friedhof schuldhaft verursachen.
- (4) Die Ausübung gewerblicher Tätigkeiten auf dem Friedhof kann durch die Friedhofsverwaltung dauerhaft versagt werden, wenn die ordnungsgemäße Ausführung der Arbeiten nicht gewährleistet ist oder wenn trotz schriftlicher Abmahnung mehrfach gegen die Friedhofssatzung oder Anordnung der Friedhofsverwaltung verstoßen wird. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Abmahnung entbehrlich.

III. Grabstätten und Grabmale

§ 9 Grabstätten

Die Grabstätten stehen im Eigentum der Gemeinde. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.

Die Anlage der Grabstätten richtet sich nach dem Belegungsplan, der bei der Friedhofsverwaltung innerhalb der allgemeinen Dienstzeiten in der Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft Lohr a. Main eingesehen werden kann.

§ 10 Grabarten

- (1) Gräber im Sinne dieser Satzung sind:
 - a) Einzelgrabstätten
 - b) Doppelgrabstätten (Familiengräber)
 - c) Grabkammern
 - d) Urnengrabstätten
 - e) Urnensammelbeisetzungsstelle
- (2) Die Lage der einzelnen Grabstätten wird durch die Gemeinde bestimmt und richtet sich nach dem Belegungsplan. Der Friedhof ist darin in Grabfelder aufgeteilt. Die einzelnen Grabstätten sind fortlaufend nummeriert. Bestattungen

können jeweils nur in den von der Gemeinde freigegebenen Grabfeldern oder deren Teilen erfolgen.

- (3) Einzelgrabstätten sind Einzeltiefgräber. Es können bis zu zwei Leichen (Übereinanderbettung) darin beigesetzt werden. Soweit eine Leichenbelegung bereits gegeben und die Ruhefrist noch nicht abgelaufen ist, können zusätzlich noch zwei verrottbare Urnen beigesetzt werden.
- (4) Doppelgrabstätten können aus bis zu vier Grabstellen (zweiteilig durch Tieferlegung) bestehen. Soweit eine Leichenbelegung bereits gegeben und die Ruhefrist noch nicht abgelaufen ist, können zusätzlich noch vier verrottbare Urnen beigesetzt werden.
- (5) Grabkammern sind Einzelgrabstätten. Es könne bis zu zwei Leichen (Übereinanderbettung) darin beigesetzt werden. Soweit eine Leichenbelegung bereits gegeben und die Ruhefrist noch nicht abgelaufen ist, können zusätzlich noch zwei verrottbare Urnen beigesetzt werden.
- (6) In einer Urnengrabstätte können bis zu drei verrottbare oder unverrottbare Urnen beigesetzt werden.
- (7) Urnengrabstätten sind Urnenkammern, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht auf die Dauer der Ruhefrist verliehen wird. In einer Urnenkammer können maximal drei Urnen beigesetzt werden.
Die Verschlussplatten werden zur Verfügung gestellt. Die Beschriftungsschilder sind bei der Gemeinde Steinfeld abzuholen und nach der Gravur dorthin zurück zu bringen. Die Beschriftung erfolgt zu Lasten des Grabnutzungsberechtigten und muss von diesem veranlasst werden. Es können Vor- und Zuname, Geburts- und Sterbedaten sowie der Beruf des Verstorbenen angebracht werden. Das Öffnen und Schließen der Urnenkammern ist den Grabnutzungsberechtigten untersagt und erfolgt durch die Gemeinde oder den von ihr Beauftragten. Das Anbringen der Beschriftungsschilder auf den Verschlussplatten erfolgt durch die Gemeinde Steinfeld.

§ 11

Aschenreste und Urnenbeisetzungen

- (1) Aschereste und Urnen müssen den Vorschriften der §§ 17 und 27 BestV entsprechen.
- (2) Urnenbestattungen sind in allen Grabarten zulässig.
- (3) Urnen für Erdbestattungen müssen aus leicht verrottbarem Material bestehen. Urnen, die im Urnenfeld beigesetzt werden, können dauerhaft und wasserdicht oder verrottbar sein.
- (4) Wird das abgelaufene Nutzungsrecht an der Urnengrabstätte nicht mehr verlängert, ist die Gemeinde berechtigt die Räumung oder Wiederbelegung der Grabstätte vor zu nehmen. Hierdurch wird der Gemeinde gestattet, an der von ihr bestimmten Stelle im Friedhof Steinfeld, Aschenreste in würdiger Weise der Erde

zu übergeben und evtl. vorhandene Urnen dauerhafter und wasserdichter Art zu entsorgen.

§ 12 Größe der Grabstätten

- (1) Für die Einteilung der Grabstätten ist der Belegungsplan maßgebend. Die Gräber werden nach den jeweils erforderlichen Ausmaßen im Mischsystem ausgehoben.

Die einzelnen Grabstätten im Ortsteil Steinfeld haben folgende Ausmaße

1. Einzelgrabstätten	Länge: ca. 2,00 m	Breite: ca. 1,00 m
2. Doppelgrabstätten	Länge: ca. 2,00 m	Breite: ca. 2,00 m
3. Urnengrabstätte	Länge: ca. 0,40 m	Breite: ca. 0,40 m

Die einzelnen Grabstätten im Ortsteil Hausen haben folgende Ausmaße

1. Einzelgrabstätten	Länge: ca. 2,00 m	Breite: ca. 1,00 m
2. Doppelgrabstätten	Länge: ca. 2,00 m	Breite: ca. 2,00 m
3. Grabkammern	Länge: ca. 2,00 m	Breite: ca. 1,00 m
4. Urnengrabstätte	Länge: ca. 0,40 m	Breite: ca. 0,40 m

Die einzelnen Grabstätten im Ortsteil Waldzell haben folgende Ausmaße

1. Einzelgrabstätten	Länge: ca. 2,00 m	Breite: ca. 1,00 m
2. Doppelgrabstätten (Abt. I)	Länge: ca. 2,00 m	Breite: ca. 1,30 m
3. Doppelgrabstätten (Abt. II)	Länge: ca. 2,40 m	Breite: ca. 2,00 m

- (2) Die Tiefe des einzelnen Erdgrabes beträgt bei Einzelbelegung von der Erdoberfläche (ohne Erdhügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 1,10 m (Sohlentiefe mindestens 1,80 m), bei einem Tiefgrab mindestens 2,30 m Sohlentiefe (Übereinanderbettung).
- (3) Die Tiefe eines Urnenerdgrabes von der Erdoberfläche bis zur Oberkante der Urne beträgt mindestens 1,00 m.

§ 13 Rechte an Grabstätten

- (1) An einer belegungsfähigen Grabstätte kann ein Nutzungsrecht erworben werden. Das Nutzungsrecht wird mindestens auf die Dauer der Ruhefrist verliehen, wenn der Erwerb anlässlich eines Todesfalles erfolgt. Wird ein Grabnutzungsrecht unabhängig von einem Todesfall erworben, so wird es mindestens für die Ruhefrist verliehen. Die Verleihung von Nutzungsrechten vor Eintritt eines Todesfalles, bei Personen die nicht in der Gemeinde wohnen, bedarf der Zustimmung der Gemeinde.
- (2) Das Nutzungsrecht an den Grabstätten wird nur an einzelne natürliche und volljährige Personen nach Entrichtung der Grabnutzungsgebühr (siehe Friedhofsgebührensatzung - FGS) verliehen, worüber dem Nutzungsberechtigten eine Urkunde ausgestellt wird (Graburkunde).
- (3) Das Nutzungsrecht an Grabstätten kann gegen erneute Zahlung der entsprechenden Grabnutzungsgebühr um weitere 5 Jahre verlängert werden,

wenn der Nutzungsberechtigt vor Ablauf des Rechtes die Verlängerung bei der Friedhofsverwaltung beantragt und der Platzbedarf des Friedhofs es zulässt.

- (4) Nach Erlöschen des Nutzungsrechtes kann die Gemeinde über die Grabstätten anderweitig verfügen. Hierüber werden die bisherigen Nutzungsberechtigten, die Angehörigen in gerader Linie und die Erben oder die Pfleger des Grabes rechtzeitig von der Gemeinde benachrichtigt.
- (5) In den Fällen, in denen die Ruhefrist der zu bestattenden Leichen oder Urnen über die Zeit hinausreicht, für die das Recht an einem Grabplatz besteht, ist das Nutzungsrecht im Voraus für die Dauer der vorgeschriebenen Ruhefristen zu erwerben.
- (6) Jede Änderung der Anschrift des Nutzungsberechtigten ist der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.

§ 14

Übertragung von Nutzungsrechten

- (1) Zu Lebzeiten des Nutzungsberechtigten kann die Umschreibung eines Grabnutzungsrechtes der Ehegatte, der eingetragene Lebenspartner oder ein Abkömmling beanspruchen, wenn der Nutzungsberechtigte zugunsten dieses Angehörigen schriftlich auf das Grabnutzungsrecht verzichtet hat.
- (2) Nach dem Tode des Nutzungsberechtigten kann derjenige die Umschreibung eines laufenden Grabnutzungsrechtes auf seinen Namen beanspruchen, dem es vom Nutzungsberechtigten in einer letztwilligen, rechtsgültigen Verfügung zugewendet wurde. Bei einer Verfügung zugunsten mehrerer Personen hat die erstgenannte Person Vorrang. Stirbt der Nutzungsberechtigte ohne eine Verfügung hinterlassen zu haben, so kann das Nutzungsrecht auf Antrag auf die in § 1 Abs. 1 Ziff. 1 BestV genannten bestattungspflichtigen Personen übertragen werden. Eingetragene Lebenspartner sind den Ehegatten gleichgestellt. Innerhalb der Reihenfolge des § 1 Abs. 1 Ziff. 1 BestV hat die ältere Person Vorrecht vor der jüngeren. Haben Vorberechtigte innerhalb von sechs Monaten keinen Antrag auf Übertragung des Nutzungsrechts gestellt, so wird das Nutzungsrecht auf Antrag einer nachberechtigten Person verliehen. Stimmen alle Vorberechtigten zu, so kann das Nutzungsrecht auch in begründeten Einzelfällen auf einen dem Verstorbenen nahestehenden Dritten (z.B. Lebensgefährten oder Stiefkind) übertragen werden.
- (3) Über die Umschreibung erhält der neue Grabnutzungsrechtige eine Urkunde (Graburkunde).
- (4) Der Anspruch auf Übertragung des Nutzungsrechts erlischt, wenn alle Berechtigten die Übernahme ablehnen oder es kein Berechtigter innerhalb eines Jahres seit Beisetzung des verstorbenen Nutzungsberechtigten übernimmt. In diesem Fall kann die Grabstätte während der Ruhefrist zur Betreuung an Personen überlassen werden, die zu dem Bestatteten eine persönliche Verbindung hatten.

- (5) Bei Grabstätten, an denen nach einer Bestattung niemand das Grabnutzungsrecht nach Abs. 2 oder das Betreuungsrecht nach Abs. 4 Satz 2 übernimmt, sorgt die Friedhofsverwaltung auf Kosten eines Verpflichteten für die Erstanlage (Aufstellen eines mehrfach verwendbaren Grabmals, Begrünung) und die Pflege der Grabstätte während der Ruhefrist. Gegen vollständigen Kostenersatz können Grabnutzungsrecht und Grabmal erworben werden.

§ 15

Pflege und Instandhaltung der Gräber

- (1) Jede Grabstätte ist spätestens drei Monate nach der Beisetzung bzw. nach der Verleihung des Nutzungsrechtes würdig herzurichten, gärtnerisch anzulegen oder mit einer Grabplatte zu versehen und in diesem Zustand zu erhalten.
- (2) Bei allen Grabstätten sind der Nutzungsberechtigte oder – sofern dieser verstorben ist – die in § 14 Abs. 2 genannten Personen zur ordnungsgemäßen Anlage, Pflege und Instandhaltung des Grabes verpflichtet.
- (3) Kommt der Nutzungsberechtigte oder der sonst Verpflichtete (siehe § 14 Abs. 2) seiner Verpflichtung nicht nach, kann ihn die Friedhofsverwaltung unter Fristsetzung auffordern, den ordnungsgemäßen Zustand herzustellen. Nach Ablauf der Frist können zur Herbeiführung des ordnungsgemäßen Zustandes erforderliche Maßnahmen auf Kosten des Verpflichteten getroffen werden (Ersatzvornahme, § 30). Die Gemeinde ist berechtigt bei einer wiederholten Ersatzvornahme im Zeitraum des Nutzungsrechts nach Ablauf der Ruhefrist das Grab zu Lasten des Nutzungsberechtigten aufzulösen.
- (4) Ist der Aufenthalt des Nutzungsberechtigten oder der Aufenthalt bzw. die Existenz des sonst Verpflichteten nicht bekannt, ergeht eine befristete öffentliche Aufforderung. Nach Ablauf dieser Frist ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte auf Kosten eines Verpflichteten gem. Art. 14 Abs. 2 in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen oder abzuräumen und einzuebnen.

§ 16

Gärtnerische Gestaltung der Gräber

- (1) Zur Bepflanzung der Grabstätten sind nur geeignete Gewächse zu verwenden, welche die benachbarten Gräber und Anpflanzungen nicht beeinträchtigen. Die Höhe und Form der Grabstätten und die Art ihrer Gestaltung sind dem Gesamtbild des Friedhofs, den besonderen Charakter des Friedhofsteils und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Grabplatten, die das gesamte Erdgrab bedecken, sind zulässig.
- (2) Anpflanzungen aller Art neben den Gräbern werden ausschließlich von der Gemeinde ausgeführt. In besonderen Fällen können Ausnahmen von der Gemeinde zugelassen werden, wenn benachbarte Gräber nicht beeinträchtigt sind.
- (3) Hochwachsende Gehölze dürfen eine Höhe von 1,30 m nicht überschreiten.

- (4) Alle gepflanzten Gehölze gehen entschädigungslos in die Verfügungsbefugnis der Gemeinde über, wenn sie vom Nutzungsberechtigten nach Ablauf der Ruhefrist oder des Nutzungsrechts nicht abgeräumt worden sind. Der Schnitt und die Beseitigung zu stark wachsender oder absterbender Bäume und Sträucher kann

angeordnet werden. Wird die notwendige Maßnahme nicht innerhalb der hierfür dem Nutzungsberechtigten gesetzten Frist durchgeführt, so werden die Arbeiten von der Friedhofsverwaltung auf seine Kosten durchgeführt (Ersatzvornahme, § 30).

- (5) Verwelkte Blumen und verdorrte Kränze sind von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehen Plätzen abzulegen.
- (6) An den Urnengrabstätten ist außer einem Gedenklicht kein Grabschmuck zulässig.

§ 17

Erlaubnisvorbehalt für Grabmale und bauliche Anlagen

- (1) Die Errichtung von Grabmalen und sonstigen baulichen Anlagen oder deren Änderung bedarf – unbeschadet sonstiger Vorschriften – der Erlaubnis der Gemeinde. Die Gemeinde ist berechtigt, soweit das zur Wahrung der Rechte anderer notwendig ist und der Friedhofszweck es erfordert, Anordnungen zu treffen, die sich auf Einfriedungen, Einfassungen und sonstige bauliche Anlagen beziehen.
- (2) Die Erlaubnis ist rechtzeitig vor Anfertigung oder Veränderung des Grabmales oder der baulichen Anlage bei der Gemeinde durch den Grabnutzungsberechtigten zu beantragen, wobei die Maße des § 12 und § 18 zugrunde zu legen sind. Dem Antrag ist zweifach beizufügen:
 - a) der maßstabsgetreue Grabmalentwurf bzw. der maßstabsgetreue Entwurf der baulichen Anlage mit Grundriss und Seitenansicht unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhalts, der Form und der Anordnung.
 - b) Zeichnungen der Schrift, der Ornamente und der Symbole im Maßstab 1:1 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhalts, der Form und der Anordnung.
- (3) Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn die Anlage nicht den Vorschriften der §§ 18 und 19 dieser Satzung entspricht.
- (4) Ohne Erlaubnis aufgestellte Grabmale sind nach schriftlicher Aufforderung an den Nutzungsberechtigten unter angemessener Fristsetzung zu entfernen. Ist der Aufenthalt des Nutzungsberechtigten oder der Aufenthalt bzw. die Existenz des sonst Verpflichteten nicht bekannt, ergeht eine befristete öffentliche Aufforderung. Kommt der Nutzungsberechtigte nicht fristgerecht der Aufforderung nach, so ist die Gemeinde berechtigt auf Kosten des Nutzungsberechtigten oder sonst Verpflichteten das Grabmal zu entfernen und zu verwerten, wenn es den sicherheitsrechtlichen Anforderung nicht genügt oder

den gestalterischen Merkmalen der §§ 18 und 19 widerspricht (Ersatzvornahme, § 30).

- (5) Die nicht erlaubnispflichtigen provisorischen Grabmale sind nur als naturlasierte Holztafeln oder –kreuze zulässig und dürfen nicht länger als zwei Jahre nach der Beisetzung verwendet werden.

§ 18

Größe von Grabmalen und Einfriedungen

- (1) Grabmale dürfen im Regelfall folgende Ausmaße nicht überschreiten:

1. bei Einzelgrabstätten	Höhe: 1,20 m	Breite: 0,75 m
2. bei Familiengrabstätten	Höhe: 1,20 m	Breite: 1,30 m
3. bei Grabkammern	Höhe: 1,20 m	Breite: 0,75 m
- (2) Einfriedungen dürfen die Breite des Grabes nicht überschreiten.
- (3) Eine Überschreitung ist im Einzelfall zulässig, sofern sie mit den Bestimmung des § 19 dieser Satzung und dem Friedhofszweck vereinbar ist und die Gemeinde die Erlaubnis erteilt.

§ 19

Grabgestaltung

Grabmale und sonstige bauliche Anlagen müssen dem Friedhofszweck entsprechen; sie müssen so gestaltet sein, dass die Würde des Friedhofs als Ruhestätte der Verstorbenen gewahrt ist.

§ 20

Gründung, Erhaltung und Entfernung von Grabmalen

- (1) Die Grabmale sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks (Richtlinie des Bundesinnungsverbands des Deutschen Steinmetz-, Stein und Holzbildhauerhandwerks für das Fundamentieren und Versetzen von Grabdenkmälern in der jeweils geltenden Fassung) zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauerhaft standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Satz 1 gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.
- (2) Der Grabnutzungsberechtigte hat das Grabmal in einem ordnungsgemäßen, sicheren Zustand zu erhalten. Er ist für Schäden verantwortlich, die insbesondere durch Umfallen des Grabmales oder Abstürzen von Teilen desselben verursacht werden. Grabmale, die sich nicht in einem ordnungsgemäßen Zustand befinden, können nach vorangegangener schriftlicher Aufforderung auf Kosten des Nutzungsberechtigten oder der in § 14 Abs. 2 genannten Personen instandgesetzt oder entfernt werden, wenn die Wiederherstellung verweigert oder innerhalb der gesetzten Frist nicht durchgeführt wird (Ersatzvornahme, § 30). Kann aufgrund der akut drohenden Gefahr durch ein nicht standsicheres Grabmal eine schriftliche Aufforderung an den Nutzungsberechtigten zur Wiederherstellung der Standsicherheit unter Fristsetzung nicht abgewartet

werden, ist der Friedhofsträger berechtigt, die Gefahrenstelle abzusperren, das Grabmal provisorisch zu sichern oder umzulegen.

- (3) Der Nutzungsberechtigte und die in seinem Auftrag handelnden Personen haften für jede durch die Errichtung von Grabmalen und baulichen Anlagen entstehenden Beschädigungen der Grab- und Friedhofsanlagen.
- (4) Grabmale und bauliche Anlagen (§ 17 und § 18) dürfen vor Ablauf der Ruhefrist oder des Nutzungsrechts nur mit vorheriger Erlaubnis der Gemeinde entfernt werden. Eine (Zwischen-)Lagerung auf dem Friedhofsgelände ist nicht zulässig.
- (5) Nach Ablauf der Ruhezeit und des Nutzungsrechts sind die Grabmale nach einer entsprechenden Aufforderung der Gemeinde durch den vorher Nutzungsberechtigten oder den nach § 14 Abs. 2 Verpflichteten innerhalb von 3 Monaten zu entfernen. Die Grabstätten sind einzuebnen. Kommt der Nutzungsberechtigte oder der sonst Verpflichtete seiner Verpflichtung nicht nach, kann ihn die Friedhofsverwaltung unter erneuter Fristsetzung auffordern, den ordnungsgemäßen Zustand herzustellen. Nach Ablauf der Frist können zur Herbeiführung des ordnungsgemäßen Zustandes erforderliche Maßnahmen auf Kosten des vormals Nutzungsberechtigten oder sonst Verpflichteten getroffen werden (Ersatzvornahme, § 30). Ist der Aufenthalt des Nutzungsberechtigten oder der Aufenthalt bzw. die Existenz des sonst Verpflichteten nicht bekannt, ergeht eine befristete öffentliche Aufforderung. Nach Ablauf dieser Frist ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte auf Kosten des Nutzungsberechtigten oder eines Verpflichteten abzuräumen und einzuebnen. Grabmale, Einfriedungen und sonstiger Grabschmuck gehen infolge der Eigentumsaufgabe durch den vormals Nutzungsberechtigten in das Eigentum des Friedhofsträgers über.
- (6) Künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Grabmale und bauliche Anlagen oder solche, die als besondere Eigenart des Friedhofs aus früheren Zeiten gelten, unterstehen dem besonderen Schutz der Gemeinde. Die Entfernung oder Änderung solcher Anlagen auch nach Ablauf der Ruhefrist und des Grabnutzungsrecht bedarf der besonderen Erlaubnis der Gemeinde.

IV.

Bestattungsvorschriften

§ 21

Leichenhaus

- (1) Das Leichenhaus dient der Aufbewahrung der Leichen, bis sie bestattet oder überführt werden und zur Aufbewahrung von Aschenresten feuerbestatteter Verstorbener bis zur Beisetzung im Friedhof. Es darf nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung und in Begleitung eines Vertreters des Friedhofspersonals betreten werden.
- (2) Die Verstorbenen werden im Leichenhaus aufgebahrt. Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Hinterbliebenen die Verstorbenen während der festgesetzten Zeiten sehen. Die Bestattungspflichtigen (§ 6 BestV) entscheiden, ob die Aufbahrung im offenen

oder geschlossenen Sarg erfolgt. Wird darüber keine Bestimmung getroffen, bleibt der Sarg geschlossen. Dies gilt auch bei entsprechender Anordnung des Amts- oder Leichenschauarztes.

- (3) Die Reinigung der Leichenhäuser wird von den Nutzern bzw. von ihnen beauftragten Dritten durchgeführt.

§ 22

Leichenhausbenutzungszwang

- (1) Jede Leiche ist spätestens 24 Stunden vor der Bestattung in das gemeindliche Leichenhaus zu verbringen.
- (2) Dies gilt nicht, wenn
 - a) der Tod in einer Anstalt (z.B. Krankenhaus, Klinik, Alten- bzw. Pflegeheim u.a.) eingetreten ist und dort ein geeigneter Raum für die Aufbewahrung der Leiche vorhanden ist,
 - b) die Leiche zum Zwecke der Überführung an einen auswärtigen Bestattungsort zur früheren Einsargung freigegeben und innerhalb einer Frist von 24 Stunden überführt wird,
 - c) die Leiche in einem privaten Krematorium verbrannt werden soll und sichergestellt ist, dass die Voraussetzungen des § 17 BestV vom Träger der Bestattungsanlage geprüft werden.

§ 23

Leichentransport

Zur Beförderung von Leichen im Gemeindegebiet sind Leichenwagen zu benutzen. Die Beförderung der Leichen hat durch ein geeignetes Bestattungsunternehmen zu erfolgen.

§ 24

Leichenbesorgung

Reinigen, Ankleiden und Einsargen der Leichen hat durch ein geeignetes Bestattungsunternehmen zu erfolgen.

§ 25

Friedhofs und Bestattungspersonal

- (1) Die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Bestattung stehenden Verrichtungen auf dem gemeindlichen Friedhof werden von der Gemeinde hoheitlich ausgeführt, insbesondere
 - a) das Ausheben und Verfüllen des Grabes,
 - b) das Versenken des Sarges,
 - c) die Beisetzung von Urnen,
 - d) die Überführung des Sarges/der Urne von der Halle zur Grabstätte einschließlich der Stellung der Träger,
 - e) die Ausgrabung und Umbettung (Exhumierung von Leichen und Gebeinen sowie Urnen) einschließlich notwendiger Umsargungen,

Die Gemeinde hat mit der Durchführung der hoheitlichen Tätigkeiten ein Bestattungsunternehmen als Erfüllungsgehilfen beauftragt.

- (2) Auf Antrag kann die Gemeinde von der Inanspruchnahme des Trägerpersonals nach Abs. 1d) und der Ausschmückung nach Abs. 1f) befreien.

§ 26 Bestattung

Bestattung im Sinne dieser Satzung ist die Erdbestattung von Leichen oder Leichenteilen sowie die Beisetzung von Ascheurnen unter der Erde bzw. in Urnenerdröhren. Produkte der Trauerfloristik, die Kunststoffe und andere nicht verrottbare Werkstoffe enthalten, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden- und –gestecken, dürfen nicht verwendet werden. Kleinzubehör wie Blumentöpfe, Grablichter, Plastiktüten aus nicht verrottbarem Material sind vom Friedhof zu entfernen oder in den zur Abfalltrennung bereitgestellten Behältern zu entsorgen. Die Bestattung ist durchgeführt, wenn das Grab verfüllt oder das Urnenfach/die Grabkammer geschlossen ist.

§ 27 Anzeigepflicht und Bestattungszeitpunkt

- (1) Bestattungen sind unverzüglich nach Eintritt des Todes der Gemeinde anzuzeigen; die erforderlichen Unterlagen sind vorzulegen.
- (2) Den Zeitpunkt der Bestattung setzt die Gemeinde im Benehmen mit den Hinterbliebenen, dem Bestattungsunternehmen und ggf. mit dem zuständigen Pfarramt fest.

§ 28 Ruhefrist

Die Ruhefrist für Erdgräber wird auf 20 Jahre festgesetzt. Die Ruhefrist für Urnenbestattungen beträgt 10 Jahre. Die Ruhefrist beginnt am Tag der Bestattung.

§ 29 Exhumierung und Umbettung

- (1) Die Exhumierung und Umbettung von Leichen und Urnen bedarf unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften der vorherigen Erlaubnis der Gemeinde.
- (2) Soweit Exhumierungen von Leichen nicht vom Gericht oder einer Behörde angeordnet werden, sollen sie nur in den Monaten Oktober bis März und zwar außerhalb der Besuchszeiten erfolgen.
- (3) Zur Exhumierung und Umbettung bedarf es eines Antrages des Grabnutzungsberechtigten.

- (4) Angehörige und Zuschauer dürfen der Exhumierung bzw. Umbettung nicht beiwohnen.
- (5) Im Übrigen gilt § 21 BestV.

V. Schlussbestimmungen

§ 30 Anordnungen und Ersatzvornahme

- (1) Der Friedhofsträger kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen. Diesen Anordnungen ist unverzüglich Folge zu leisten.
- (2) Werden die in dieser Satzung festgelegten Handlungspflichten nicht rechtzeitig erfüllt, kann die Gemeinde die Handlung auf Kosten des Pflichtigen vornehmen oder vornehmen lassen. Die Ersatzvornahme ist vorher schriftlich anzudrohen. Dabei ist eine angemessene Frist zu setzen. Ist der Aufenthaltsort des Pflichtigen nicht mehr zu ermitteln, so ersetzt die öffentliche Bekanntmachung die an den Pflichtigen adressierte schriftliche Androhung. Einer vorherigen Androhung und einer Fristsetzung bedarf es nicht, wenn der Pflichtige nicht erreichbar ist und die Ersatzvornahme zur Abwehr einer drohenden Gefahr notwendig ist.

§ 31 Haftungsausschluss

Die Gemeinde übernimmt für die Beschädigungen, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhofsanlagen entstehen und für Schäden, die durch Beauftragte dritte Personen verursacht werden, keine Haftung.

§ 32 Zuwiderhandlungen

Nach Art. 24 Abs. 2 Satz 2 GO i. V. mit § 17 OwiG kann mit Geldbuße von mindestens 5,- Euro und höchstens 1.000,- Euro belegt werden wer:
Den Vorschriften über den Benutzungszwang zuwiderhandelt,
die erforderliche Erlaubnis der Gemeinde nicht einholt,
die erstmalige Anlage, Pflege und Instandhaltung der Grabstätten nach den §§ 15 bis 20 nicht satzungsgemäß vornimmt,
sich entgegen den Bestimmungen dieser Satzung nicht ruhig und der Würde des Ortes entsprechend verhält oder die festgelegten Verbot missachtet.

§ 33
Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tag nach der amtlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen vom 05.09.1981, geändert durch Satzungen vom 08.05.1982, 03.06.2006 und 17.12.2016 außer Kraft.

Steinfeld, den

gez.

K o s e r
1. Bürgermeister

Gebührensatzung
zur Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen
der Gemeinde Steinfeld

Die Gemeinde Steinfeld, Landkreis Main-Spessart, erlässt aufgrund der Art. 2 Abs. 1 und Art. 8 Kommunalabgabengesetz (KAG) folgende Gebührensatzung zur Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen:

§ 1
Gebührentatbestand

Die Gemeinde erhebt für die Inanspruchnahme der gemeindlichen Bestattungseinrichtung

1. Grabplatzgebühren
2. Leichenhausgebühren
3. Grabherstellungsgebühren
4. sonstige Gebühren.

§ 2
Grabplatzgebühren

1. Die Grabplatzgebühren betragen beim erstmaligen Erwerb für die Dauer des Nutzungsrechtes
 1. für ein Familiengrab mit 2 Grabstätten 400,00 €
 2. für ein Einzelgrab 200,00 €
 3. für ein Urnengrab 150,00 €
 4. Für eine Urnensammelbeisetzungsstelle 150,00 €.
2. Soweit im Friedhof Steinfeld von der Gemeinde ein Grabsteinfundament bereitgestellt wird, wird eine einmalige Gebühr in Höhe von 100,00 € erhoben.
3. ¹Bei Verlängerung des Nutzungsrechtes an Familien-, Einzelgräbern wird für jedes Verlängerungsjahr 1/20 der Gebühr nach Abs. 1 erhoben. ²Maßgeblich ist der Gebührensatz zum Zeitpunkt der Verlängerung. ³Bei Verlängerung des Nutzungsrechtes an einer Urnengrabstätte wird für jedes Verlängerungsjahr 1/10 der Gebühr nach Abs. 1 erhoben. ⁴Maßgeblich ist der Gebührensatz zum Zeitpunkt der Verlängerung.

§ 3
Leichenhausgebühr

1. Die Gebühr für die Benutzung des Leichenhauses beträgt in den Ortsteilen Steinfeld, Hausen und Waldzell je 50,00 €
2. Wird ein Verstorbener, der in einem auswärtigen Friedhof beigesetzt wird, vorübergehend aufbewahrt, so beträgt die Gebühr für jeden angefangenen Tag 25,00 €
3. Für die Nutzung der Kühlanlage wird einen Gebührenpauschale von 70,00 € erhoben.

**§ 4
Grabherstellungsgebühren**

- | | |
|--|-----------|
| 1. Die Gebühr für das Öffnen und Schließen eines Grabes beträgt | |
| a) Normalgrab | 260,00 € |
| b) Tiefgrab | 350,00 € |
| c) Urnengrab | 115,00 € |
| d) Winterzuschlag | 60,00 € |
| e) Öffnen und Schließen der Urnenerdröhre | 30,00 € |
| f) Verbringen der Urnenreste nach Ablauf der Ruhefrist von der Erdröhre in die Sammelbeisetzungsstelle | 100,00 € |
| 2. Die Gebühr für den Kompressoreinsatz pro Stunde mit 1 Arbeitnehmer beträgt | 20,00 € |
| 3. Die Gebühr für das Exhumieren und Umbetten zum Transport in einen anderen Friedhof beträgt | 300,00 €. |

**§ 5
Sonstige Gebühren**

Die Gemeinde erhebt folgende sonstige Gebühr:

- | | |
|--|---------|
| 1. Genehmigung eines Grabmales und sonstiger baulichen Anlagen | 15,00 € |
| 2. Bescheinigung für das Krematorium | 5,00 €. |

**§ 6
Gebührensschuldner**

Gebührensschuldner ist, wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erwirbt, wer zur Tragung der Bestattungskosten verpflichtet ist (Erben) und wer den Antrag auf Durchführung einer Leistung erteilt hat. Mehrere Nutzungsberechtigte haften als Gesamtschuldner.

**§ 7
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tag nach der amtlichen Bekanntmachung in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Gemeinde Steinfeld vom 15.10.2005, geändert am 01.12.2016 außer Kraft.

Steinfeld,

gez.

K o s e r
1. Bürgermeister